

Das Handelsabkommen TiSA – nur die Konzerne profitieren

Eingriff in Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz

Neben TTIP und CETA wird derzeit noch ein weiteres Handelsabkommen an der Öffentlichkeit vorbei und im Geheimen verhandelt - das Abkommen TiSA. Es soll Handelshemmnisse im Bereich Dienstleistungen beseitigen, um den Markteintritt für ausländische Dienstleister zu erleichtern. Unternehmen werden mit TiSA weitreichende Rechte und Einflussnahmen in nationale Gesetzgebungen gewährt. Mit absehbaren Folgen für Klima und Energiepolitik, Gesellschaft und Demokratie.

Das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement) wird seit 2013 zwischen der EU und 22 Staaten verhandelt, die zusammen für weltweit zwei Drittel aller exportierten Dienstleistungen verantwortlich sind. Darunter sind neben der EU auch Australien, Schweiz und die USA.

Dienstleistungen sind Arbeiten, die nicht unmittelbar der Produktion von Gütern dienen, wie beispielsweise Reisevermittlung oder Haarstyling. Fast zwei Drittel aller Arbeitnehmer in der EU sind im Dienstleistungssektor beschäftigt¹. Das TiSA-Abkommen regelt den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen.

Neue Abkommen statt WTO

Regelungen zum Handel mit Dienstleistungen sind ein klassisches Aufgabengebiet der Welthandelsorganisation (WTO). Da dort die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des WTO-Abkommens zu Dienstleistungen (General Agreement on

Trade in Services = GATS) stocken, sollen durch TiSA außerhalb der WTO weitere Liberalisierungen im Dienstleistungsbe- reich erreicht werden.

Durch TiSA geregelt werden sollen vor allem Finanzdienstleistungen (u.a. Bankwesen), die öffentliche Daseinsvorsorge (u.a. Wasser, Gesundheit, Bildung), die Energiewirtschaft und internationale Leiharbeit. Ziel ist es, vor allem staatliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Große international agierende Unternehmen fordern diese Regelungen und werden dabei von der EU-Kommission unterstützt. Versprochen werden Wachstum, Arbeitsplätze sowie niedrigere Preise für Unternehmen und Verbraucher.

Wenn das Abkommen einmal fertig verhandelt ist, soll es zu einem späteren Zeitpunkt in die WTO-Architektur integriert werden. Dann würde es langfristig für alle derzeit 164 WTO-Staaten verbindlich. Viele Länder, die selbst noch keine wettbewerbsfähigen Dienstleistungssektoren aufgebaut haben, werden sich dem Abkommen dann nicht mehr entziehen können. Diese befinden sich mit ihren Dienstleistungen im direkten Wettbewerb mit den anderen Ländern.

Eine faire Behandlung können diese Staaten beim Beitritt zu TiSA nicht erwarten. Da die Aufnahme neuer Mitglieder nur mit Einstimmigkeit unter den ursprünglichen TiSA-Mitgliedern erreicht werden kann, werden potentielle Neu-Mitglieder zusätzlich zu den harten TiSA-Bedingungen mit Sonderansprüchen jedes einzelnen TiSA-Mitglieds konfrontiert sein.

¹<http://stat.wto.org/ServiceProfile/WSDBSservicePFView.aspx?Language=E&Country=E28%2CUS>

Daseinsvorsorge in Gefahr

Unter der öffentlichen Daseinsvorsorge ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu verstehen: Zugang zu Wasser, Energie, Bildung, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr usw. Mit der Öffnung dieser Bereiche für ausländische Anbieter durch TiSA, was häufig mit einer Privatisierung einhergeht, gerät die Daseinsvorsorge in Gefahr, da Unternehmen in erster Linie an Profit und nicht am Allgemeinwohl interessiert sind. Es drohen verheerende Folgen für den Verbraucher, wie Anstieg der Preise, Abbau der Arbeitsplätze und eine Abnahme der Qualität.

Die negativen Auswirkungen einer durch die Handelsabkommen forcierten Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind besonders im Bereich der Wasserversorgung dokumentiert. Ein Beispiel von vielen ist Potsdam:

In Potsdam wurden die Wasserwerke für kurze Zeit - für anderthalb Jahre zwischen 1998 und 2000 - teilprivatisiert. Die Folgen dieses „Experiments“ tragen die Einwohner der Stadt noch heute. Das französische Unternehmen Eurawasser wählte ein geschicktes Beteiligungsstruktur, finanzierte den Kauf von 49 Prozent der Anteile über einen Kredit, übertrug diesen jedoch auf den Potsdamer Wasserbetrieb. Eurawasser verdoppelte den Wasserpreis. Die Kritik daran führte zur Kündigung des Vertrags mit der Stadt. Als die Stadt dann den Wasserbetrieb wieder übernahm, übernahm sie auch den Kredit. So zahlen die Potsdamer Bürger wegen des Kredits vermutlich mindestens 15 Jahre erhöhte Wasserpreise.²

Standstill- und Ratchet-Klauseln

Aus Umweltsicht wichtige Punkte in der TiSA-Debatte sind die Sperrklinken-Klausel (Ratchet Clause) und die Stillstand-Klausel (Standstill Clause). Die Sperrklinken-Klausel soll von Handelsabkommen unabhängige Liberalisierungen automatisch in die Abkommen einbinden und damit un-

umkehrbar machen. Eine einmal vorgenommene Privatisierung kann damit nicht mehr rückgängig gemacht werden. Bei der Standstill-Klausel dürfen soziale, gesundheitliche oder ökologische Standards und Vorschriften nach Abschluss des Abkommens nicht mehr verschärft werden. Das greift zugunsten der Investoren massiv in die Möglichkeiten von Parlamenten und Regierungen ein, zur Förderung des Gemeinwohls notwendige Regeln zu ändern oder aufzustellen.

Negativlisten

In TiSA werden nur die Dienstleistungen, die auf einer sogenannten Negativliste stehen, von der Liberalisierung ausgenommen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass alles, was nicht auf der Liste steht, somit automatisch liberalisiert wird. Nach Vertragsschluss können keine weiteren Ausnahmen mehr aufgenommen werden. Neu aufkommende Dienstleistungen, die noch gar nicht bekannt sind, können also nicht von der Liberalisierung ausgenommen werden und bleiben unreguliert.

Entsendung von Arbeitskräften

Befürworter behaupten gerne, dass durch TiSA mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze entstünden. Doch das Gegenteil wird eintreten: Große Unternehmen können Arbeitskräfte in ein anderes Land entsenden, aber zu den oft sehr niedrigen Löhnen ihrer Herkunftsländer beschäftigen. Dafür brauchen die Arbeitskräfte keine Arbeitserlaubnis, ihr Aufenthalt aber ist an das Arbeitsverhältnis gebunden. Dadurch sind sie vollständig von dem Arbeitgeber abhängig und haben eventuell keinen Anspruch auf Mindestlohn, Krankenversicherung oder andere Sozialleistungen. Das kann zur Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte führen - und inländische Arbeitnehmer wird diese billige Konkurrenz Jobs kosten.

² <http://www.pnn.de/potsdam/166457>

Datenschutz in Gefahr

Durch TiSA sollen sensible Daten wie Konto-, Nutzer- und Gesundheitsinformationen unbeschränkt auch in Länder mit niedrigen Schutzstandards übermittelt und dort kommerziell genutzt werden können.

Die USA wollen vor allem durchsetzen, dass Unternehmen Nutzerdaten im Land ihrer Wahl speichern und verarbeiten dürfen. Damit verbunden ist die Forderung, dass US-Unternehmen keinen Firmensitz mehr in anderen Ländern haben müssen, um dort Dienstleistungen – online und offline – anzubieten. So wäre dann nicht nur die Sicherheit der Daten gefährdet, die Unternehmen wären gleichzeitig von den Gesetzen und Datenschutzauflagen des jeweiligen Landes befreit. Hart erkämpfte Regelungen und Gesetze zu Daten- und Verbraucherschutz werden so ausgehebelt.

Im Gegenzug könnten staatliche Akteure aber einen Blankoscheck bekommen, wenn es um den Zugriff auf Nutzerdaten ginge. Sämtliche Regelungen im Kapitel zu elektronischem Handel könnten übergeben werden zum Schutz von „wesentlichen Sicherheitsinteressen“. Das könnte der Strafverfolgung, Geheimdiensten und Co. die Möglichkeit geben, zu tun, was sie wollen.

Außerdem darf Netzneutralität kein Handelshemmnis sein. Dadurch würde prinzipiell ermöglicht, dass sogenannte Spezialdienste (Überholspuren im Netz) erlaubt würden und die Gleichbehandlung von Daten ein Ende hätte.

Finanzmarkt

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie gefährlich es sein kann, wenn das Finanzwesen zu wenig reguliert wird. Die Finanzmarktkrise 2008 war direkte Folge davon. Dennoch ist bis heute weder das Größenwachstum der Banken noch das risikobehaftete Anreizsystem geändert worden. Durch TiSA könnten weitere nötige Reformen und Schutzmechanismen ausbleiben. Es wird weiter darum gehen, Regulierungshürden abzubauen, um den

Umgang mit grenzüberschreitenden Finanz-Dienstleistungen zu erleichtern. Die in der EU diskutierte Finanztransaktionssteuer könnte mit TiSA endgültig vom Tisch sein. Die wäre allerdings notwendig, um endlich die gefährlichen Spekulationsgeschäfte zu unterbinden, die für die Finanzmarktkrise mitverantwortlich waren.

Klimaschutzziele in Gefahr

Im Dezember 2015 verständigte sich die internationale Staatengemeinschaft in Paris darauf, die Klimaerwärmung auf 1,5 °C zu beschränken. Dieser Beschluss verlangt ausdrücklich Anstrengungen, um die globalen Emissionen rasch abzusenken und den Zugang zu Erneuerbaren Energien zu unterstützen. TiSA gefährdet diese Zielsetzung in dreifacher Hinsicht:

1. Für die Länder, die den Energiesektor nicht auf die Negativliste gesetzt haben, schränken Ratchet- und Standstill-Klauseln das Recht von Regierungen ein, einmal vorgenommene Liberalisierungsschritte - wenn nötig - wieder rückgängig zu machen und regulative Maßnahmen in Richtung Energiewende zu ergreifen. Die Stilllegung der örtlichen Müllverbrennungsanlage privatisierter Stadtwerke zugunsten eines Windparks wird dann nicht mehr möglich sein.

2. TiSA enthält keine Anerkennung der internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung und der internationalen Klimaziele. TiSA-Parteien verpflichten sich nicht, ihre klimapolitischen Ziele (z.B. Dekarbonisierung, Ersatz von emissionsintensiven Energien mit emissionsarmen Quellen usw.) auch mit handelspolitischen Instrumenten zu erreichen. Zudem besitzt TiSA mit eigenem Klagemechanismus ein griffiges Durchsetzungsinstrument, ganz im Gegensatz zum internationalen Klimaabkommen.

3. Tritt der Anhang zu „Dienstleistungen im Energie- und Bergbaubereich“³ in Kraft, riskieren selbst Staaten, die den

³ „Annex on Energy and Mining related Services“, Juli 2016, veröffentlicht von Greenpeace Niederlande, www.tisa-leaks.org

nationalen Energiesektor auf die Negativ-Liste gesetzt haben, in ihren nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele eingeschränkt zu werden.⁴ In diesem Anhang ist nämlich das Prinzip der „Technologieneutralität“ verankert. Demnach dürften zukünftige nationale Gesetze und Regulierungen eine bestimmte Energietechnologie nicht vor anderen bevorzugen oder diskriminieren.

Intransparente Verhandlungen

Von den genauen Inhalten der Verhandlungen ist öffentlich wenig bekannt. Durch Leaks dringen jedoch einige Dokumente an die Öffentlichkeit⁵. Verhandelt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Genf. EU-Parlamentarier haben nur eingeschränkten Zugang und sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

Und das wird auch so bleiben. Die USA haben vertraglich festgelegt, dass für fünf Jahre nach Ende der Verhandlungen keine Inhalte der Verhandlungen veröffentlicht werden dürfen, unabhängig davon, ob ein Abkommen zustande gekommen ist oder nicht⁶.

Zynischerweise gilt diese Geheimhaltung aber nicht für alle: Einflussreiche Lobbygruppen, wie zum Beispiel das European Services Forum, werden vor und während der Verhandlungsrunden offiziell konsultiert⁷.

Transparenz für Konzerne

Obwohl TiSA geheim verhandelt wird, gibt es ironischerweise ein Kapitel zu Transparenz. In diesem sichern die Vertragspartner zu, sich frühzeitig gegenseitig über neue Gesetze und Verordnungen zu informieren, die andere betreffen könnten. So können sie mögliche Folgen abschätzen.

⁴ „TiSA – Another secret free trade agreement putting the Paris Agreement in a straight jacket“, Greenpeace, September 2016.

⁵ <https://www.wikileaks.org/tisa/> sowie www.tisa-leaks.org

⁶ <https://wikileaks.org/tisa-financial/WikiLeaks-secret-tisa-financial-annex.pdf>

⁷ <http://www.esf.be/new/tisa/esf-activities-on-tisa/>

Diese Regeln und Bedingungen gelten nicht nur für die TiSA-Vertragsstaaten, sondern auch für interessierte Personen und Organisationen dieser Vertragsstaaten.

Hinter den Regelungen verbirgt sich in Wahrheit, dass Konzerne frühzeitig über geplante Maßnahmen informiert werden. Aber nicht nur das: Sie erhalten auch das Recht, die Maßnahmen zu kommentieren und so auf sie einzuwirken. Diese Möglichkeit steht theoretisch allen interessierten Personen und Verbänden offen. Praktisch nutzen können sie jedoch nur finanzstarke Unternehmen und Lobby-Verbände, die sich im komplexen Regelwerk von TiSA auskennen. So wundert es nicht, dass bereits bei den Verhandlungen Dienstleistungskonzerne engen Kontakt zu den Verhandlern haben. Als die Verhandlungsleiter sich im Oktober 2016 in Washington trafen, richtete der Lobbyverband CSI ihnen einen Empfang aus. CSI steht für „Coalition of Services Industries“ und hat u.a. citi (Bank), ebay, facebook, Google, IBM, Microsoft, VISA, Walmart und Disney als Mitglieder⁸.

Greenpeace fordert:

- Stopp der TiSA-Verhandlungen
- Stopp der TTIP-Verhandlungen
- Keine Ratifizierung von CETA

Handelsabkommen müssen u.a. folgende Kriterien erfüllen:

- Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- Bewahrung der höchsten Umwelt- und Verbraucherstandards und Möglichkeit zu deren Weiterentwicklung
- Keine regulatorische Kooperation
- Keine private Streitschlichtung (ISDS)
- Beteiligung der nationalen Parlamente
- Transparente Verhandlungen

⁸ Siehe <https://servicescoalition.org/about-csi/csi-members>